



POSITIONEN

Informationsblatt der SPD Berliner Mitte
Ausgabe Juni 2022

City West entwickeln: So wie es ist, kann es nicht bleiben! Andreas Geisel	2
Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur inklusiven Sportmetropole Dirk Liebe	4
Nachhaltige Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements Dunja Wolff	5
Special Olympics: Sichtbarkeit und Teilhabe für Menschen mit geistiger Behinderung Iris Spranger	7
Politik für die ganze Stadt: Die weitere und erneute Spaltung verhindern! Jan Lehmann	10
Grüne Verkehrspolitik Jörg Stroedter	12
Inklusion auf dem 1. Arbeitsmarkt? Das Versagen der landeseigenen Unternehmen Lars Düsterhöft	14
Littering stoppen! Nina Lerch	15
Die Zukunft der politischen Bildungsarbeit: Partei- und Community-übergreifend Robert Schaddach	16
Hospitation bei der 15. Einsatzhundertschaft: Zwischen der russischen Botschaft und den Eckkneipen Berlins Tom Schreiber	18
Grubenabfuhr in Berlin und Pankow – wie geht es weiter? Torsten Hofer	22

City West entwickeln: So wie es ist, kann es nicht bleiben!

Andreas Geisel, MdA

Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Das Areal rund um den Bahnhof Zoo braucht dringend eine städtebauliche Verbesserung. So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Deshalb beleben wir das Herz der City West weiter.

Zwischen Fasanenstraße und dem Bahnhof Zoo soll nun ein attraktives Stadtviertel entstehen – mit modernen Uni-Gebäuden für die TU Berlin, neuen Wohnungen, vielen Freiflächen, attraktiven Plätzen und gemischter urbaner Nutzung. Fünf neue Hochhäuser, zwischen 60 und 110 Meter hoch, werden das Gebiet prägen und Berlin auch an dieser Stelle ein großstädtisches Gesicht verleihen.

Ich habe dem Senat im Mai dieses Jahres einen sogenannten Rahmenplan zur Sicherung der städtebaulichen Ziele für den Bereich Hertzallee/Hardenbergplatz vorgelegt, der dann auch so beschlossen wurde.

Seit 2016 wird intensiv an der Entwicklung und Nachverdichtung im Umfeld des Bahnhofs Zoologischer Garten gearbeitet. Der jetzt vorliegende Rahmenplan skizziert die Leitplanken der Entwicklung, so wie sie gemeinsam mit den Beteiligten TU Berlin, BVG und BIMA erarbeitet wurden. Vorgesehen ist eine dichte urbane Mischung mit Wohnungen und Studierenden-Wohnungen. Es sind zudem mehrere Hochhäuser vorgesehen, die zukünftig das Stadtbild in der City West mitprägen werden.

Zum Rahmenplan gehören neben den städtebaulichen Zielen auch Ansprüche an die Qualität der Freiräume, der Erdgeschossbereiche, Wegeverbindungen und die verkehrliche Erschließung.

Für die beiden Stadtböcke südlich und nördlich der Hertzallee gibt der Rahmenplan die räumlichen und funktionalen Vorgaben – sowohl für die Bau- und Nachverdichtungspotenziale der TU Berlin als auch für die privaten und öffentlichen Grundstückseigentümer wie BVG und die BIMA.

Wohnen, Forschen und Arbeiten

Hauptschwerpunkt der Entwicklung des Areals hinter dem Bahnhof Zoo sind Hochhäuser zwischen 60 und 110 m Höhe.

Neben Raum für universitäre und private Büroflächen sollen dort auch Wohnungen und zwei Kindertagesstätten entstehen. Der Standort BVG-Bushaltestellen an der Hertzallee soll in Richtung S-Bahnviadukt verlagert und als modernes E-Lade-Depot für die zukünftig elektrifizierte Bus-Flotte ausgebaut werden.

Damit das neue Quartier an der Hertzallee eine große Aufenthaltsqualität für alle bekommt, muss neben einer vielfältigen Nutzung der Erdgeschosses für Läden, Gastronomie und ergänzende öffentliche Nutzungen auch der Freiraum höchsten Qualitäts- und Nachhaltigkeitsansprüchen entsprechen. Das liegt mir besonders am Herzen und gilt sowohl für den neuen Stadtplatz an der Hertzallee als auch für die Gestaltung der fußläufigen Anbindung über die Fasanenstraße hinweg.

Ergänzend dazu wird der Hardenbergplatz als zukünftiges Entree in die City West als attraktiver Stadtplatz mit übergeordneten verkehrlichen Infrastrukturangeboten weiterentwickelt.

Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass Berlin sich gut und zum Wohle aller entwickelt, denn es ist die Aufgabe der Stadtentwicklung, das Wachstum zu gestalten und räumlich zu steuern. Wir möchten den nachfolgenden Generationen eine Stadt hinterlassen, die robust und zukunftsfähig ist. Ein Berlin, das lebenswert, sozial und solidarisch ist, das wir unser Zuhause nennen und in dem wir alle gerne leben und arbeiten wollen. Das gilt für alle Bereiche der Stadt. Und demnächst auch rund um die Hertzallee.

Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur inklusiven Sportmetropole

Dirk Liebe, MdA

Berlin als Sportmetropole ist in den letzten Wochen weitere großen Schritte in Richtung Inklusion gegangen. Inklusion bedeutet eben, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion unmittelbar verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Trotz sehr lauter Widerstände eines kleinen Teils der Anwohnerschaft und der Parteienlandschaft, wurde der Realisierungswettbewerb für den Umbau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Stadions zum Inklusionsportpark finanziell abgesichert und der Wettbewerb gestartet.

In den nächsten Jahren entsteht am Standort in Prenzlauer Berg die europaweit erste Sportanlage, welche die Anforderungen an ein vollständig inklusives Stadion erfüllen wird. Inklusion bedeutet eben, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion unmittelbar verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Neben dem eigentlichen Stadiongelände, welches in zwei Bauabschnitten ertüchtigt wird, sieht die Planung im dritten Bauabschnitt den Umbau des Sportparks vor. Beim Bau von neuen ungedeckten Sportanlagen, Turnhallen, Verwaltungs- und Vereinsgebäuden werden die Anforderungen an eine inklusive Gestaltung wie Blindenleitsysteme, Hinweisschilder in leichter Sprache, Ruhezonen etc. umgesetzt.

Doch bevor dieses Leuchtturmprojekt des Inklusionssports seinen Betrieb aufnehmen kann, werfen bereits jetzt einige wichtige Ereignisse ihre Schatten voraus. Hier sind die nationalen Spiele der Menschen mit geistiger Beeinträchtigung im Juni 2022 und die Weltspiele der Special Olympics - mithin das größte Sportevent nach den Olympischen/ Paralympischen Spielen- im Jahr 2023 zu nennen.

Die SPD-Fraktion hat in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2022/2023 die finanziellen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Inklusion im Sport geschaffen und zusätzlich rund 8,0 Millionen € zusätzlich bereitstellen können. Gemeinsam Sport zu treiben oder als Zuschauer*innen Sport zu genießen, wird ein weiteres Stück realer in unserer Sportmetropole.

Nachhaltige Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements

Dunja Wolff, MdA

Sprecherin für Engagement der SPD Fraktion Berlin

„Europäische Freiwilligenhauptstadt!“

2021 wurde dieser Titel vom Europäischen Freiwilligenzentrum an Berlin verliehen. Doch es ist nicht nur ein Titel, sondern dahinter steckt Wertschätzung und Anerkennung für wichtige Entwicklungen, die in den letzten Jahren in Berlin stattgefunden haben. Der Titel ging an Berlin, weil wir in besonderer Weise die Freiwilligenarbeit und die Freiwilligenagenturen fördern und eine eigene Engagementstrategie verabschiedet haben. Koalition und Regierung haben verstanden, wie wichtig das Engagement für die Gesellschaft unserer Stadt ist. Seit Jahren werden die Strukturen und die Anerkennung des Engagements gestärkt. Denn ob bei der Freiwilligen Feuerwehr, in den Sportvereinen, in der Wasserrettung, in der Bildung, im Tierschutz oder in der Wahrung unserer Demokratie:

Die Berlinerinnen und Berliner sind starke Ehrenamtliche! Sie leisten eine bedeutsame, eine ganz grundlegende Arbeit. Sie setzen sich für unser aller Gemeinwohl mit Zeit und Tatkraft ein. Sie bilden das Rückgrat unserer demokratischen Zivilgesellschaft!

2015 in der Flüchtlingskrise, während der Pandemie oder die Aufnahme der vielen Menschen aus der Ukraine – in diesem langanhaltenden Zeitraum zeigt sich noch deutlicher, dass ohne die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer der Staat und insbesondere Berlin diese enormen Herausforderungen so schnell nicht hätte bewältigen können.

Als Sprecherin für Engagement der SPD Fraktion, ist es mir wichtig dieses bürgerschaftliche Engagement stetig zu unterstützen, zu schützen und den Einsatz der Menschen wertzuschätzen. Mit dem aktuellen Haushaltsentwurf und die durch uns errungenen zusätzlichen Mittel, werden gezielt Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements finanziert. Finanzielle Mittel werden dem Maßnahmenpaket der Ehrenamtsstrategie zur schnelleren Umsetzung verhelfen.

Hauptamtlich Tätige können für das Landesnetzwerk Engagement eingestellt werden. Der Aktionstag „Berlin sagt Danke“ und der „Farbenbekennen-Award“ werden gesichert.

Die Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte ist nun möglich. Für mich ein Schwerpunkt, da nicht allein die Sichtbarkeit entscheidet, sondern das Angebot, was sich mit dieser Karte verbindet. Selbst Trägerin dieser Karte gewesen zu sein, weiß ich, dass die Zielsetzung die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel an die Karte zu koppeln, ein wichtiges Anliegen von Trägerinnen und Trägern ist. Eine gemeinsame Lösung dafür sollte zwischen den Ländern und dem VBB angestrebt werden. Ich halte es für machbar. Und wie heißt es schön: „Aller Anfang ist schwer.“

Nun - der Anfang ist gemacht, denn mehr kostenlose Fahrtickets werden ab 2023 zur Verfügung stehen. Weiterhin halte ich es für erforderlich den Ausbau und die Arbeit der Freiwilligenagenturen zu fördern. Auch hierfür werden mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Die Vernetzung, die Digitalisierung und klare Strukturen halten dem Ehrenamt den Rücken frei.

Eine persönliche Anmerkung sei an dieser Stelle erlaubt: Als Sprecherin für Engagement sehe ich es als meine Pflicht darauf zu achten, dass staatliche Aufgaben nicht durch freiwilliges Engagement ersetzt werden. Bis zu 1,2 Millionen im Ehrenamt tätige Menschen in Berlin stärken uns den Rücken.

Wir sollten uns dem immer bewusst sein.

(<https://www.berlin.de/buergeraktiv/beteiligen/engagementsstrategie/>)

Special Olympics: Sichtbarkeit und Teilhabe für Menschen mit geistiger Behinderung

Iris Spranger, MdA

Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport

Berlin, das ist für mich die Hauptstadt der Diversität, der Vielfalt, Freiheit und Toleranz. Heimat für Menschen aus aller Welt zu sein, das ist die große Stärke unserer Stadt. Seit vielen Jahrzehnten ist Berlin auch die Stadt, die Mauern einreißt und Grenzen überwindet. Doch es gibt einen Bereich, in dem wir dringend aufholen müssen:

Bei der Inklusion. Menschen mit geistiger Behinderung sind viel zu oft ausgeschlossen oder stoßen auf Barrieren – nicht nur in Berlin, sondern bundes- und weltweit.

Daher macht es mich glücklich, dass sich unsere Stadt erfolgreich um zwei Sportgroßveranstaltungen beworben hat, die Aufmerksamkeit auf dieses wichtige Thema lenken. In diesem Monat, vom 19. bis 24. Juni, feiert Berlin die Nationalen Spiele der Special Olympics Deutschland. Und in einem Jahr wird Berlin stolze Gastgeberin für die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung, die Special Olympics World Games. Sie finden im Juni 2023 erstmals in Deutschland statt.

7.000 Athletinnen und Athleten mit geistiger oder mehrfacher Behinderung aus der ganzen Welt werden dann in 26 Sportarten miteinander antreten. Bei den Nationalen Spielen erwarten wir über 4.000 Athletinnen und Athleten. Beide Termine sind ein echter Gewinn für unsere Sportmetropole Berlin.

Denn Menschen mit geistiger Behinderung gehören in die Mitte der Gesellschaft, sichtbar und selbstverständlich. Das ist nicht nur ein Wunsch, sondern ihr gutes Recht. Seit 2009 ist in Deutschland die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen in Kraft. Laut der UN-Konvention ist Inklusion ein Menschenrecht. Sie fordert die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen. Ob beim Wohnen, der Arbeit, im Verkehr, bei Bildung oder Sport.

Laut Teilhabebericht der Bundesregierung treiben nur sechs bis sieben Prozent der Menschen mit geistiger Behinderung aktiv Sport. Und nur ein bis zwei Prozent von ihnen sollen in Sportvereinen aktiv sein. Hier fehlt es ganz offensichtlich an Möglichkeiten zur Teilhabe, der Bedarf ist groß.

Dabei bietet gerade der Sport so großartige Möglichkeiten, die Lebensqualität zu steigern, sich körperlich anzustrengen und zu messen, seine individuellen Begabungen zu entwickeln und zu verbessern und gemeinsam Spaß zu haben. Wie wichtig Sport für die Gesundheit und die Prävention vor Krankheiten ist, wissen wir alle. Doch er kann so viel mehr: Er ist ein Schlüssel zu mehr Sichtbarkeit von Menschen mit geistiger Behinderung, zu mehr Inklusion und Begegnungen von Menschen mit und ohne geistige Behinderung – im Sport, aber auch weit darüber hinaus.

Ich bin überzeugt davon, dass Vorbilder eine ganz wichtige Bedeutung haben. Junge und ältere Menschen mit geistiger Behinderung, die bei den Special Olympics hier in Berlin mit eigenen Augen sehen und erleben, wie Athletinnen und Athleten miteinander antreten, ihr Bestes geben, Erfolge feiern oder nach Niederlagen weiterkämpfen, werden ermutigt.

Vielleicht wird ihr Interesse geweckt, von nun an selbst sportlich aktiv zu werden. Sie sehen, dass Menschen wie sie ganz selbstverständlich an sportlichen Wettkämpfen teilnehmen. Ich hoffe, dass diese großen Veranstaltungen auch der Inklusion im Breitensport einen mächtigen Schub verleihen. Dass intensiv an inklusiven Strukturen gearbeitet wird und Menschen mit Behinderungen im Sportverein willkommen sind.

Genauso wichtig ist das Signal für uns alle. Die Special Olympics schaffen Aufmerksamkeit für Menschen mit Behinderungen, ihre teilweise besonderen Bedürfnisse wie Assistenz oder Barrierefreiheit, und bieten Raum für Begegnungen. Wir rechnen bei den Weltspielen mit 350.000 Zuschauerinnen und Zuschauern und mit 20.000 Freiwilligen, die das Sportfest als Volunteers unterstützen.

Beim Besuch der Wettkämpfe oder im persönlichen Austausch können sie sich kennenlernen und Kontakte knüpfen, ein Bewusstsein entwickeln für die Wichtigkeit von Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung.

Bei den Special Olympics werden auch Menschen mit und ohne geistige Behinderung gegen- und miteinander antreten, in den so genannten Unified Sports. Noch gibt es viel zu wenige Schnittmengen, zu wenige Räume, in denen Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam wohnen, lernen, arbeiten oder Sport treiben.

Neben der selbstbestimmten Teilhabe ist die Einbeziehung des sozialen Umfelds ein zentrales Ziel der Special Olympics, also

von Freunden und Familien der Athletinnen und Athleten. Eltern und Geschwister von Menschen mit geistigen Behinderungen erleben hautnah, an welchen Stellen es hakt und Angebote fehlen. Angefangen bei Spielplätzen, die nur selten inklusiv angelegt sind, über die oft schwierige Suche nach einem geeigneten Kindergarten- oder Schulplatz und später einer Arbeit, bei der die Menschen sich entfalten und einbringen können. So wurden die Special Olympics 1968 von Eunice Kennedy-Shriver gegründet, der Schwester von John F. Kennedy. Dadurch wollte sie ihrer Schwester Rosemary, die eine geistige Behinderung hatte, die Möglichkeit geben, Sport zu treiben.

Natürlich werden Sportveranstaltungen nicht alle Probleme lösen. Aber sie können ein starker Anfang sein und der Anstoß für Wandel hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Um das im Land Berlin konkret umzusetzen, haben wir das Berliner Nachhaltigkeitsprogramm Inklusion '23 ins Leben gerufen. In verschiedenen Projekten werden zum Beispiel kulturelle Angebote inklusiver gestaltet, in Sportvereinen inklusive Strukturen geschaffen und Wege im öffentlichen Verkehr einfach erklärt.

Ich hoffe sehr und bin zuversichtlich, dass diese beiden großen Sportveranstaltungen und die Maßnahmen, mit denen wir sie begleiten, einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Inklusion im Sport und auch in anderen Bereichen dauerhaft zu verankern.



Politik für die ganze Stadt: Die weitere und erneute Spaltung verhindern!

Jan Lehmann, MdA

Berlin ist ein Gerechtigkeitsprojekt und damit ein sozialdemokratisches Projekt: Wir müssen aufpassen, dass sich die Stadt nicht weiter spaltet und der Graben zwischen reicher Innenstadt und armen Außenbezirken nicht größer wird. Das es schnell unschön ausgehen kann, sehen wir in vielen internationalen Metropolen, wie in London oder Paris, die den Spagat trotz sozialdemokratischen Regierungen eben nicht geschafft haben. Wir haben die historische Chance, zu zeigen, wie eine sozial gerechte Großstadt im 21. Jahrhundert gelingen kann, wie Wachstum nachhaltig und sozial gerecht funktionieren kann und wie ein Zusammenleben in einer toleranten Weltstadt organisiert sein kann. Doch dafür stehen wir vor großen Herausforderungen.

Hohe Mieten verdrängen immer mehr und mehr (Alt- und Ur-) Berliner:innen aus der Innenstadt. Das zeigt sich nicht nur deutlich an dem sich zwischen Außen- und Innenbezirken gegensätzlich entwickelnde Anteil an Arbeitslosengeld-Empfänger:innen, sondern auch an noch viel mehr: Der Pfleger, die Selbstständige, die junge Familie – sie alle können sich das Leben in der Innenstadt immer schlechter leisten und ziehen in die Außenbezirke. Dort wird versucht, mit immer neuen und größeren Bauprojekten dem Ansturm auf den Berliner Wohnraum gerecht zu werden.

Gerade im Osten der Stadt stellt sich die Frage, wie wir die Bedürfnisse der bisherigen Anwohnerinnen und Anwohner mit den Erfordernissen einer wachsenden Stadt vereinen können. Unser Wachstum kann nur gelingen, wenn es nachhaltig ist – Wohnraum ist dabei nur ein Teil der Formel für eine erfolgreiche und gerechte Stadt: Lebensqualität, soziale Infrastruktur, gut bezahlte Arbeit und gesunde, vielfältige Natur müssen ebenso mitgedacht werden. Dabei muss bei allem der Klimawandel mitberücksichtigt werden – was noch nicht bei allen in unserer Stadt angekommen ist.

Dabei ist eine florierende und wachsende Innenstadt auch gleichzeitig eine riesige Chance für die Stadt – diese müssen wir nur nutzen. Und zwar, indem wir dafür sorgen, dass die Angebote und Möglichkeiten Berlins über die ganze Stadt verteilt sind und mit einem dichten und modernen ÖPNV-Netz überall schnell und verlässlich erreichbar sind. Notwendig ist eine kluge Standortpolitik, die Start-ups ebenso wie

internationale Unternehmen, aber auch Clubs, Museen und Kultureinrichtungen gerecht auf die Stadt verteilt.

Wenn Studierende nicht nur nach Wohnungen „im Ring“ suchen, sondern für sie, ebenso wie für junge Familien, Selbstständige oder Renter:innen, auch in den Außenbezirken eine attraktive Infrastruktur bereitsteht, macht dies nicht nur das Leben in der ganzen Stadt besser und gerechter, sondern hilft auch, die in der Innenstadt explodierenden Mieten in Schach zu halten.

Um Berlin jedoch dauerhaft als eine Stadt zu erhalten, in der sich alle das Leben leisten können, muss mehr passieren. Wir müssen Berlin nicht nur ganzheitlich mit Innen- und Außenbezirken denken, sondern Berlin als Metropolregion verstehen. Denn nur, wenn Berlin als Teil und Zentrum Ostdeutschlands gedacht wird, können wir nachhaltig wachsen. Oder wollen wir auch in 30 Jahren noch immer alles weiter nachverdichten? Um diese Sackgasse zu umgehen, müssen die grundlegende soziale Infrastruktur ebenso wie eine wirtschaftsfördernde Standortpolitik für Unternehmen auch in den mittelgroßen Städten in Berlins Nachbarschaft mitentwickelt werden. Eine gute und schnelle ÖPNV-Verbindung ins Umland kann dann Berlin entlasten und die Städte des Ostens beflügeln. Dauerhaft kann die Nachfrage nach Wohnraum in Berlin nur gelöst werden, wenn es aufhört, auf Kosten der ostdeutschen Nachbarschaft zu wachsen und stattdessen gemeinsam mit dieser wächst. Eine engere Kooperation mit Brandenburg kann dafür nur der erste Schritt sein. Dann sollten wir auch eine Lösung für gemeinsame und gerechte Steuereinnahmen zusammen mit dem Umland aufs Tapet bringen.

Es ist dabei ein Glück, dass die SPD sich in der letzten Bundestagswahl als Ostpartei profilieren konnte. Gemeinsam mit den sozialdemokratischen Regierungschef:innen in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und den von der SPD getragenen Regierungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben wir die Möglichkeit, Berlin und ganz Ostdeutschland als erste nachhaltig und sozial gerecht gewachsene Weltstadt bzw. Region zu entwickeln. Es ist Zeit, diese Chance zu sehen und zu ergreifen!

Grüne Verkehrspolitik

Jörg Stroedter, MdA

In der vergangenen Wahlperiode hat die grüne Verkehrssenatorin, Regine Günther, der Koalition einen Modellversuch zur temporären Schließung eines Teils der Friedrichstraße vorgeschlagen. Es war ausdrücklich nur ein zeitlich befristeter Versuch, der nach Evaluierung auch wieder verändert oder abgeschafft werden sollte.

Im Ergebnis hat sich die Situation für die Geschäftsinhaber in der Friedrichstraße deutlich verschlechtert und die Interessengemeinschaft Friedrichstraße möchte erst einmal, dass der Zustand vor Schließung der Friedrichstraße wiederhergestellt wird. Dieser Wunsch ist uns in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 01.06.2022 deutlich mitgeteilt worden und auch die DEHOGA hat diese Position unterstützt.

Wo liegt das Problem? In der Friedrichstraße wird in der Mitte ein großer Fahrradstreifen angelegt mit dem Ergebnis, dass die Friedrichstraße seitdem eine Radfahrrennstrecke ist. Viele Fußgänger empfanden es jetzt gefährlicher die Straße zu überqueren als vorher wo die Autos durch die Straße fuhren. Die Aufenthaltsqualität insgesamt hat sich verschlechtert und für die Geschäfte sind die Einnahmen deutlich zurückgegangen.

Anstatt nun das Projekt erst einmal zu beenden und neu nachzudenken, soll auf jeden Fall die Straße für den Autoverkehr geschlossen bleiben. Der neue Vorschlag lautet, die Fahrradfahrer aus der Friedrichstraße rauszunehmen und stattdessen die Charlottenstraße für den Durchgangsverkehr zu sperren und hier jetzt die Fahrradfahrer durchzuleiten.

Im Endeffekt würden dann beide Straßen für den Autoverkehr nicht mehr zur Verfügung stehen, was in der Realität den Verkehr in die umliegenden Straßen verlagert und weitere Staus vorprogrammiert sind. Ob sich damit die Aufenthaltsqualität in diesen beiden Straßen verbessert ist mehr als fraglich und die Probleme für die Geschäftsinhaber werden nicht kleiner. Dazu kommen die Probleme bei der Anlieferung von Waren sowie die Problematik der vorhandenen Parkhäuser, die ja weiter benutzt werden sollen und müssen.

Ich halte es für besser, dass man erst einmal sich mit den Betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern in den beiden Straßen zusammensetzt und eine echte Bürgerbeteiligung durchführt, bevor man nur um das Auto zu vertreiben die Situation verschlechtert. Es kann am Ende sein, dass in der Friedrichstraße eine echte Fußgängerzone entsteht, diese sollte

möglicherweise auch noch um eine weitere Ecke Richtung Unter den Linden verlängert werden. Dies kann aber nur eine Fußgängerzone sein bei der sich Passanten wohlfühlen und Geschäftsinhaber eine Chance haben, auch tatsächlich Geschäfte zu machen.

Die Diskussion um die Friedrichstraße reiht sich ein in die Debatte um weitere Punkte Grüner Wünsche für die Verkehrspolitik dieser Stadt. Hier seien genannt die City Maut, die A100, der Wegfall von Parkplätzen in der Innenstadt und die fehlende Bereitschaft die Umstellung auf Elektromobilität durch den verstärkten Ausbau von Ladesäulen zu befördern.

Unsere Aufgabe wird sein, einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmern in dieser Stadt zu finden und nicht einseitig nur zu Lasten der vielen Autofahrer.

Inklusion auf dem 1. Arbeitsmarkt? - Das Versagen der landeseigenen Unternehmen

Lars Düsterhöft, MdA

9,4 % der Berlinerinnen und Berliner haben eine Schwerbehinderung. Die Arbeitslosenquote schwerbehinderter und ihnen gleichgestellter Menschen liegt stets höher als die allgemeine Arbeitslosenquote.

Bei Menschen mit Behinderungen ist die Dauer der Arbeitslosigkeit länger und der Anteil der Langzeitarbeitslosen deutlich höher. Dadurch sind diese Menschen von einem höheren Armutsrisiko betroffen.

Die erhöhte Arbeitslosigkeit ist ein Ausdruck von Barrieren in den Köpfen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Menschen mit Behinderungen einzustellen erfordert, sich mit den Beschränkungen des eigenen Denkens auseinanderzusetzen. Dafür kann das Unternehmen einen engagierten Beschäftigten gewinnen.

Die privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Berlin wiesen im Jahr 2020 mit einer Beschäftigungsquote von nur 3,5 % ein unterdurchschnittliches Engagement auf. Hinzu kommt, dass in Berlin mehr als ein Drittel (34,5 %) der Betriebe mit mehr als 20 Arbeitsplätzen nicht einen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigten. In der Berliner Verwaltung lag die Quote hingegen bei 7,8 %.

Doch auch viel zu viele Landesunternehmen werden ihrer Verantwortung nicht gerecht! Eine schriftliche Anfrage von mir ergab nun, dass 30 landeseigene Unternehmen sich nicht in der Lage sahen, ausreichend Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Hierunter sind z.B. zahlreiche landeseigene Wohnungsbauunternehmen bzw. deren Tochterunternehmen, zwei Tochterunternehmen von Vivantes und die WISTA Management GmbH. Gerade einmal zwei Unternehmen nutzen die Möglichkeit, Aufträge an Werkstätten für Menschen mit Behinderung zu vergeben und so keine Ausgleichsabgabe zahlen zu müssen.

Das Zahlen der Ausgleichsabgabe ist wohl einfach zu günstig und zu einfach. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die landeseigenen Unternehmen durch das Abgeordnetenhaus verpflichtet werden, eine deutlich höhere Ausgleichsabgabe zu zahlen. Die Geschäftsführungen müssen überzeugt oder notfalls gezwungen werden, mehr Mut bei der Anstellung von Menschen mit Behinderung zu beweisen.

Littering stoppen!

Lisa Lerch, MdA

Es ist ein Dauerthema an unseren Infoständen: Die Vermüllung unserer Kieze, unserer Straßen, Parks und Wälder. Der Müll ärgert uns, lässt uns kopfschüttelnd zurück, schließlich weiß doch jeder, wohin der Müll gehört. Oder?

Mich stört dieser Müll sehr. Ich will ihn nicht mehr sehen, ich will, dass er verschwindet. Die Berlinerinnen und Berliner sollen sich in ihren Quartieren und Kiezen wohlfühlen, die Umwelt und die Tiere sollen nicht mehr unter dem Müll leiden. Wenn die Menschen es kurzfristig nicht schaffen, ihren Müll richtig zu entsorgen, dann muss es jemand anderes erst einmal übernehmen.

Deshalb habe ich mich in den Haushaltsverhandlungen dafür eingesetzt, dass die Gelder für die BSR für die Abholung von illegal abgelegtem Müll angehoben werden. Ab 2023 soll die BSR den Gesamtauftrag zur Abholung von illegalem Sperrmüll und Bauschutt bekommen. Dann wird es für die Bezirke einfacher, die Müllberge zu melden, denn sie müssen die Aufträge nicht mehr einzeln vergeben, sondern können Sammelaufträge an die BSR rausgeben.

Die BSR kann die Abholungen dadurch besser koordinieren und darf auch nicht gemeldeten Müll sowie Sondermüll mit beseitigen. Hot-Spot-Routen können auf diese Weise besser geplant und öfter angefahren werden. So kommt Tempo und Effizienz in die Beseitigung der Müllberge an den Straßen. Aber: illegal abgelegter Sperrmüll oder Bauabfälle bleiben mindestens eine Ordnungswidrigkeit, wenn nicht sogar eine Straftat. Und diese muss vom Ordnungsamt weiterhin verfolgt werden.

Die BSR wird zudem noch mehr Parkanlagen reinigen, die Bezirke bekommen Geld, um ihre Grünflächenämter besser auszustatten. So soll Berlin in dieser Legislatur deutlich sauberer werden. Sauberkeit gehört für mich zu einer lebenswerten Stadt dazu. Und das werden die Berlinerinnen und Berliner meiner Meinung nach direkt mit der SPD verbinden.

Die Beseitigung des Mülls ist aber nur der erste Schritt. Mittel- und langfristig muss es unser Ziel sein, dass die Menschen ihren Müll richtig entsorgen und dass schlichtweg viel weniger Müll entsteht. Nach der Beseitigung müssen wir noch mehr für die Sensibilisierung von Müllentsorgung und Müllvermeidung tun, noch mehr in die Abfallberatung und die Umweltbildung investieren und konsequent in Richtung Zero Waste vorangehen.

Die Zukunft der politischen Bildungsarbeit: Partei- und Community-übergreifend

Robert Schaddach, MdA

Zu oft zeichnet sich in der Öffentlichkeit ein negatives Bild von Politiker*innen und den öffentlichen Institutionen. Politik und Verwaltung sind uncool. Dabei kann Politik gestalten, Themen setzen und konkret vor Ort helfen, die Lebenslagen von Menschen zu verbessern. Als Abgeordnete haben wir die Aufgabe unsere demokratischen Institutionen zu stärken und Zugänge in die Politik aufzuzeigen.

Deshalb lädt die SPD Fraktion am 9. Juli 2022 zum ersten community-übergreifenden Vernetzungstreffen von Politiker:innen afrikanischer Herkunft ins Berliner Abgeordnetenhaus ein.

Ziel dieser Veranstaltung ist es das Thema "politische Partizipation" in Deutschland in den Mittelpunkt zu rücken und dabei gezielt die Perspektive der afro-diasporischen Community zu beleuchten. Im Mittelpunkt dieses Vernetzungstreffens steht die community- und partei-übergreifende politische Bildungsarbeit. Wir möchten Mandatsträger:innen im politischen Betrieb vernetzen und jungen Menschen aller Herkunft Möglichkeiten für mehr gesellschaftliche und politische Teilhabe eröffnen.

Die Veranstaltung ist Teil des ersten bundesweiten Vernetzungstreffens afrodiasporischer Politiker:innen und bietet Raum für Erfahrungsaustausch, neue Netzwerke und gegenseitiges Empowerment. Dazu haben wir Politikerinnen von allen politischen Ebenen eingeladen, ihre Erfahrungen in der Politik mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu teilen und gemeinsam neue Wege für eine plurale Republik zu gehen.

Mit dabei sind u.a. Pierrette Herzberger-Fofana (MEP, Die Grünen), Awet Tesfaiesus (MdB, Die Grünen), Robert Schaddach (MdA, SPD), Elombo Bolayela (MdB, SPD) und viele andere Mandatsträger:innen aus Kommunen, Landesparlamenten und dem Bundestag.

Die geplanten Podiumsdiskussionen mit den Politiker:innen sollen junge Menschen motivieren, sich aktiv in den politischen Prozess einzubringen. Um dies gleich vor Ort umzusetzen, haben wir zusammen mit der Berliner Stadtgesellschaft Schüler:innen und Studierende eingeladen nach den Podiumsdiskussionen auf einer Praktikumsbörse in direkten Kontakt mit den anwesenden Politiker:innen zu treten.

Schon einen Tag zuvor am 8. Juli 2022 treffen sich Mandatsträger:innen afrikanischer Herkunft bei einem Empfang mit Staatsministerin Alabali-Radovan (MdB), Karamba Diaby (MdB) und Armand Zorn (MdB) und allen Mandatsträger:innen in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin um gemeinsam daran zu arbeiten die Sichtbarkeit von Mandatsträger:innen afrikanischer Herkunft auf der Ebene des Bundes zu erhöhen.

Zusätzlich diskutieren die Teilnehmenden an diesem Tag mit der Rechtswissenschaftlerin Elizabeth Kaneza (DeZIM) konkret über den Umgang mit Rassismus und Hate Speech im parlamentarischen Betrieb. Somit stellt diese insgesamt zweitägige Veranstaltung den Auftakt für eine institutionalisierte Interessensvertretung afrikastämmiger Menschen im politischen Betrieb, und findet gleichzeitig community-übergreifend Anschluss.

Organisatorin ist die Vereinigung Mandatsträger*innen Afrikanischer Abstammung (VMA e.V). Konkret sind die Vorstandsmitglieder Irene Appiah und Robert Schaddach (MdB) mit der Organisation der Veranstaltung betraut. Der Verein hat 27 Mitglieder und versteht sich als klar überparteiliche Interessensvertretung. Zusammen konnten wir bereits mit Mekonnen Mesghena die Heinrich Böll Stiftung und mit Deniz Nergiz die Politische Akademie der Vielfalt als offizielle Kooperationspartnerinnen gewinnen. Mit Andreas Jacobs von der Konrad Adenauer Stiftung sind wir ebenso im Gespräch über das Projekt, um Schwarze Mandatsträger:innen aus dem konservativen Spektrum zu anzusprechen.

Mandatsträger:innen auf allen politischen Ebenen zu stärken und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen öffnet nicht nur neue Perspektiven, sondern ist insbesondere geeignet vermeintlich alte demokratische Institutionen zu stärken.

Hospitation bei der 15. Einsatzhundertschaft: Zwischen der russischen Botschaft und den Eckkneipen Berlins

Tom Schreiber, MdA

Am 23.04.2022 hospitierte ich von 18:00 bis 05:30 Uhr erstmalig in der neuen Wahlperiode bei der 1. Bereitschafts-polizeiabteilung der Polizei Berlin in der Kruppstraße. Bis zur vergangenen Wahlperiode hatte ich bereits alle 16 Einsatzhundertschaften besucht und begleitet, aber der Blick in praktische Arbeit bleibt essenziell und das Wissen um die unterschiedlichen Einsatzlagen hilft, Situationen und Abläufe, über die wir im Abgeordnetenhaus debattieren und beraten, besser zu verstehen so aktiv an Verbesserungen mitzuwirken.

Zu Beginn der Hospitation führten wir vor Ort mit der Führungsgruppe (Zugführern) ein längeres Gespräch über Probleme hinsichtlich des Zustands der Liegenschaft in der Kruppstraße. Das ist ein wichtiger Aspekt, denn viele Themen, die im Koalitionsvertrag stehen und bei den Haushaltsberatungen eine Rolle spielen, müssen fortlaufend kommuniziert werden. Aktuell erleben wir dies zum Beispiel auch im Hinblick auf das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Berlin (ASOG) sowie das Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin (VersFG BE).

Der Gesetzgeber legt hier den rechtlichen Rahmen fest, die Polizei setzt diesen durch. Hierzu gibt es natürlich auch Anhörungen und Feedback im Innenausschuss, der Praxistest und die Erfahrungen zur Praktikabilität im Alltag der Beamtinnen und Beamten ist aber ein wesentlicher Bestandteil und Erfahrungspunkt für die politische Ausgestaltung. Wenn es also zu Lücken oder Hürden in der Um- und Durchsetzung kommt, müssen wir im Parlament über diese Probleme sprechen und entsprechende Änderungen (sogenannte Novellierungen) vornehmen. So wurden zum Beispiel beim Versammlungsfreiheitsgesetz Änderungspunkte deutlich, welche nun angegangen und bis Mitte nächsten Jahres umgesetzt werden sollen.

Weitere Themen unseres Gespräches zu Beginn der Hospitation war die Besetzung offener und bisher unbesetzter Stellen sowie die massiven Einsatzbelastungen im Hinblick auf die Proteste in Bezug auf die Corona-Pandemie in Berlin. Mehr und mehr finden bei den Kräften Dienstzeitverschiebungen statt, die den Einklang von Familie und Beruf zunehmend erschweren. Viele Beschäftigte wohnen nicht direkt in der City und in solchen Fällen kann es eine echte Herausforderung sein,

wenn man an einem Sonntagmorgen um 02.30 Uhr in den Einsatz gerufen wird. Am Standort in Berlin-Mitte fällt zudem der Mangel an Parkmöglichkeiten ins Gewicht. Parkplätze im Umfeld der Kruppstraße sind kostenpflichtig und rar. Das Thema habe ich nach der Hospitation im Fraktionsvorstand angesprochen und hier sind aktuell die zuständigen Behörden dabei, eine angemessene Lösung zu finden. Auch bei den Beförderungen im mittleren und gehobenen Dienst geht es voran. Sobald der Doppelhaushalt 2022/23 beschlossen wurde, wird weiterbefördert.

Aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine hat sich auch in Berlin die Sicherheitslage verändert. Internationale Konflikte und Kriege wirken in der Bundeshauptstadt oftmals wie ein Brennglas und die Polizei Berlin muss darauf durch den Schutz von Personen und Objekten reagieren. Die personelle Lage beim Zentralen Objektschutz (ZOS) ist angespannt.

Parallel wurde zuletzt einem privaten Sicherheitsunternehmen, welches Polizeiliegenschaften bewachte, fristlos gekündigt. Das hat zur Folge, dass nun auch der Polizeivollzug Objektschutz betreiben muss. Im Doppelhaushalt 2022/2023 sind für den ZOS mehr als 60 neue Stellen vorgesehen. Die Ausbildung dauert drei Monate, jedoch wird sich hier vor allem mittel- und langfristig etwas ändern müssen. Im nächsten Doppelhaushalt 2024/2025 muss es dort einen größeren Aufwuchs geben.

Der Krieg in der Ukraine hatte für diese Hospitation konkrete Auswirkungen. In der Zeit von 20:10 Uhr bis 0:30 Uhr war die 15. Einsatzhundertschaft (EHu.) vor der russischen Botschaft Unter den Linden tätig. Solche Einsätze unterscheiden sich stark von Lagen bei beispielsweise bei Fußballspielen oder Versammlungen, können sich unter Umständen aber eben auch schnell verändern und der Schutz beteiligter Akteure notwendig werden.

Im Anschluss an den Objektschutz war die 15. EHu. in Kreuzberg und Neukölln unterwegs und unterstützte die jeweiligen örtlichen Polizeiabschnitte. Nach den Entbehrungen, die zwei Jahre Pandemie mit sich gebracht haben und frühlingshaften Temperaturen, war deutlich zu spüren, dass es die Menschen wieder nach draußen in die Cafés, Kneipen und Clubs treibt.

Grundsätzliche Regeln unseres Miteinanders haben sich aber auch in der Pandemie nicht geändert und so ging es bei diesen Einsätzen vor allem um Ruhestörungen und unzulässigen Lärm. Die Betreiber der entsprechenden Lokale wurden

angesprochen und verwarnt. In einem Fall mussten jedoch tatsächlich alle Gäste gehen. Die Kneipe wurde in dieser Nacht bereits zum zweiten Mal angesprochen – die Party ging jedoch munter weiter.

Beim nächsten Einsatz machten sich zwei Diebe an einer öffentlichen Toilette zu schaffen und versuchten sich den Münzbehälter anzueignen. Die Täter konnten jedoch auf frischer Tat ertappt und gestellt werden. Tatsächlich kommt dies wohl häufiger vor, als man annehmen könnte.

Die folgenden Alarmierungen führten die Einsatzhundertschaft zu einer Jugendgruppe, die ein Baugerüst für Kletterübungen nutzte, sowie zu einem gemeldeten Glasbruch, bei dem ein Einbruch ausgeschlossen werden sollte. Oft finden solche Einsätze unterstützend zur Arbeit der örtlichen Polizeiabschnitte statt. Gleiches gilt für Fahrzeugkontrollen. So wurde in dieser Schicht ein Fahrzeugführer kontrolliert, der am Steuer seines Wagens keinen besonders wachen Eindruck machte.

Einige mögen sich schon einmal über eine solche Kontrolle geärgert haben, aber es gibt eben doch immer wieder Fahrerinnen und Fahrer, die unter Einfluss von Alkohol oder Drogen unterwegs sind und letztlich schützen diese Kontrollen nicht nur die Kontrollierten, sondern auch andere Verkehrsteilnehmer sowie Radfahrer und Fußgänger.

Zum Ende der Schicht wurde die Hundertschaft zu einer Messerstecherei nach Neukölln gerufen. Eine verletzte Person musste ärztlich versorgt werden. Zeitgleich erfolgte die Suche nach den Tätern. Gerade in der Nacht, bei schwierigen Lichtverhältnissen und in verwinkelten Bereichen kann dies schwieriges ein Unterfangen werden. Neben dem Schutz Unbeteiligter agiert die Polizei auch immer unter der Maßgabe der Eigensicherung. Selbst eine scheinbar überschaubare Lage kann sich schnell ändern und für alle sehr gefährlich werden.

Nach einer Meldung über beschädigte Fahrzeuge eines Autovermieters am Straßenrand an den zuständigen Polizeiabschnitt wurde die Schicht beendet.

Ich bin sehr dankbar, bei dieser Hospitation wieder neue Eindrücke gewonnen zu haben. Der Schichtdienst verlangt jedes Mal aufs Neue Respekt ab. Das ist physisch und psychisch nicht ohne und letztlich tragen auch Freunde und Familie diese Bürde mit.

Diese Hospitation möchte ich Gerd widmen. Er war ein lieber, guter und enger Freund und ehemaliger Polizist in Berlin. Am 03.03.2022 verstarb er plötzlich im Alter von nur 68 Jahren. Am Tag nach der Hospitation hätte ich ihn – wie immer – angerufen und von meinen Eindrücken erzählt. Am 21.04.2022 wurde er beigesetzt und viele Ehemalige der Polizei Berlin haben ihn auf diesem letzten Weg begleitet.

Grubenabfuhr in Berlin und Pankow:

Wie geht es weiter?

Torsten Hofer, MdA

Bei mir in meinem Wahlkreis im Pankower Norden sind zahlreiche Privathaushalte noch nicht an das öffentliche Abwassernetz angeschlossen. Viele Betroffene haben sich dazu an mich als ihren Direktabgeordneten gewandt. Ich habe mich deshalb beim Senat und den Wasserbetrieben nach dem aktuellen Stand erkundigt.

Wie mir die Wasserbetriebe mitgeteilt haben, hat Berlin in den letzten 20 Jahren diverse Siedlungen schrittweise schmutzkanalisiert. Grundlage ist der Abwasserbeseitigungsplan des Landes. Über 99,8 Prozent der Haushalte sind bereits ans zentrale Abwassernetz angeschlossen.

Für 7.500 bis 8.000 Einwohner/innen in Berlin steht ein Abwasseranschluss noch aus. Betroffen sind in Pankow die Altsiedlungen Schönholz, Buchholz Nord I, Karow-Süd und Karow-Ost, in denen 2.600 Menschen wohnen. Diese Siedlungen werden bis 2030 erschlossen, haben mir die Wasserbetriebe mitgeteilt. Eine Altsiedlung in Blankenfelde wird voraussichtlich nach 2030 erschlossen, so die Wasserbetriebe. Der Aufsichtsrat der Wasserbetriebe hat 2018 ein mehrjähriges Investitionsprogramm von 60 Millionen Euro beschlossen, das schrittweise umgesetzt wird.

Daneben gibt es über Berlin verteilt mindestens 100 „Lückenschluss-Standorte“, wo etwa 4.000 Menschen wohnen. Das sind Grundstücke und Straßen, die wie eine Insel in einem sonst voll-ständig kanalisiertem Gebiet liegen. Eine genaue Übersicht der einzelnen Lückenschluss-Standorte gibt es nicht, so die Wasserbetriebe. Die Lückenschluss-Standorte werden nach Prüfung durch die Wasserbetriebe erschlossen, sobald die Betroffenen sich das wünschen. Voraussetzung dafür ist, dass die Straßen öffentlich gewidmet sind und ins Eigentum des Landes Berlin übertragen wurden.

Wer keinen zentralen Abwasseranschluss hat, muss solange eine Sammelgrube nutzen, die regelmäßig von privaten Fuhrunternehmen abgepumpt wird. Die Unternehmen fahren das Abwasser dann zu einer genehmigten Übergabestelle, wo die Fäkalien in das öffentliche Abwassernetz eingespeist werden. Nur Fachbetriebe, die eine Zulassung der Wasserbetriebe haben, dürfen in der Grubenabfuhr tätig sein. Sie schließen dazu einen Einleitvertrag mit den Wasserbetrieben ab. Derzeit sind in Berlin 46 Unternehmen zugelassen – welche

Betriebe genau, steht auf der Internetseite der Wasserbetriebe. Nur diese Unternehmen dürfen für die Entsorgung des häuslichen Abwassers von den Privathaushalten beauftragt werden.

Seit einigen Jahren wird die private Grubenabfuhr immer teurer. Da immer mehr Wohnsiedlungen an die Kanalisation angeschlossen sind, bricht den Transportunternehmen die Dauerkundschaft weg, die ganzjährig für verlässliche Nachfrage sorgt. Es verbleibt das Saisongeschäft mit den Kleingartenanlagen, das sich auf die Sommermonate beschränkt. Damit lohnt sich das Geschäft für die Transportunternehmen immer weniger.

Das führt dazu, dass sich immer mehr Fuhrunternehmen aus dem Markt zurückziehen. Ein weiteres Problem, das der Grubenabfuhr zusetzt, ist das Finden von Fahrpersonal. Die am Markt verbliebenen Fuhrunternehmen können daher steigende Preise gegenüber den Privathaushalten durchsetzen. Die Privathaushalte können sich dagegen praktisch nicht wehren, denn ohne verlässliche Grubenentleerung können sie ihre Häuser nicht mehr dauerhaft bewohnen.

Ich habe dem Senat deshalb vorgeschlagen, Preisobergrenzen für die Grubenabfuhr zu bestimmen. Doch dieser Weg scheidet aus, antwortete mir die Senatsumweltverwaltung: „Das Land hat keine Möglichkeiten, die Preise zu kontrollieren.“ Auch sei es nicht möglich, die den Privathaushalten entstehenden Mehrkosten für die private Grubenabfuhr auf die Abwassertarife umzulegen, teilten mir die Wasserbetriebe mit.

„Warum bauen die Wasserbetriebe nicht selbst eine landeseigene Grubenabfuhr auf?“, wollte ich wissen. Das ist durch das Berliner Wassergesetz ausgeschlossen. „Bisher waren Aktivitäten der Berliner Wasserbetriebe auf dem Grubenabfuhr-Markt nicht erwünscht, um den Wettbewerb nicht zu stören. Eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Übertragung der Aufgabe an die Berliner Wasserbetriebe würde den privaten Fuhrunternehmer-Markt für abflusslose Sammelgruben vermutlich zum Erliegen bringen“, so die Senatsumweltverwaltung.

Um die Grubenabfuhr zu vereinfachen, richten die Wasserbetriebe seit 2019 temporäre Einleitstellen für Abwasser im Stadtgebiet sowie Übergabeschächte in Kleingartenanlagen ein. Hier können die Fuhrunternehmen an Pumpwerken die Abwässer einleiten. Durch die gesparte Zeit können sie mehr Haushalte bedienen.

Von April bis September 2021 gab es zwei temporäre Einleitstellen in Berlin, davon eine in Karow. In Karow fuhren bis zu 120 Fahrzeuge pro Tag vor, die sonst zum Klärwerk Schönerlinde gefahren wären. 26 Prozent des berlinweit anfallenden Fäkalwassers wurde über temporäre Einleitstellen eingeleitet. Insgesamt ist die Menge des angelieferten Fäkalwassers über alle Klärwerke und temporären Einleitstellen 2021 seit Jahren leicht rückläufig.

Die Anzahl der Anlieferungen nahm jedoch zu. Denn die Fuhrunternehmen sind jetzt mit kleineren Fahrzeugen im Stadtgebiet unterwegs. Das ist möglich, weil die temporären Einleitstellen schneller zu erreichen sind. Für 2022 wird die temporäre Einleitstelle in Karow erneut geöffnet. „Auch die Notentsorgung wird wieder angeboten“, berichten die Wasserbetriebe.

Die beste Lösung für die Betroffenen ist ein Anschluss ans Abwassernetz. Deshalb wollte ich vom Senat wissen, ob das Land den Netzausbau beschleunigen könne, etwa durch stärkere ministerielle Steuerung. Das sei nicht möglich, so die zuständige Senatsumweltverwaltung. Ihr zufolge schreite die Erschließung von Altsiedlungsgebieten voran. Dadurch habe sich die Anzahl der Gruben auf dauerhaft genutzten Grundstücken bereits reduziert.

Bis 2030 werde sie ein sehr geringes Maß erreicht haben. „Der Anschluss der dann noch verbliebenen Lückenschluss-Standorte erfolgt bei einem konkreten Anschlusswunsch, der durch keine ministerielle Steuerung beschleunigt werden kann“, führt die Senatsumweltverwaltung aus.



Mit freundlichen Grüßen

„Die Berliner Mitte“
in der SPD Berlin

<http://spd-berlinermitte.de/>



Berliner Mitte

Visionen für den Wandel

Erkennen, gestalten, gewinnen - Politik für Berlin.